

Die Mißstände auf dem Obstmarkt

Klagen der Kleinändler.

In einer gestern Abend nach dem Berliner Lehrervereinshaus vom Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler einberufenen, von 1500 Personen besuchten öffentlichen Versammlung, an der der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat von Eilly, sowie Vertreter des Kriegsernährungsamts und des Magistrats teilnahmen, schilderte Generalsekretär Neuhaur die Zustände in der Berliner Zentralmarkthalle.

Die seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit geführten Klagen über die Obst- und Gemüseversorgung sind nicht nur für Berlin, sondern für das ganze Deutsche Reich zutreffend. Der Kleinhandel lehne aber eine Verantwortung hierfür ab, da er selbst unter den wirtschaftlichen Verhältnissen durch die Erzeubereien des Groß- und Zwischenhandels und durch die Höchstpreis- und Verteilungspolitik sehr stark leide. Die Versorgung könne in mäßigen Grenzen sichergestellt werden, denn Ware sei in ausreichendem Maße vorhanden. Ein großer Teil unserer Großhändler, die Obst und Gemüse von außerhalb bekommen, ziehe es vor, die Ware in den Vororten und Außenbahnhöfen zu vertreiben.

Die Folge sei, daß die Ware unkontrollierbar verschoben wird und nach Berlin gar nicht oder zu unsinnigen Preisen kommt. Es genüge nicht, sich in Vorschriften für den Kleinhandel zu erschöpfen, sondern die Ware müsse schon beim Erzeuger erfasst werden. Ein Mißgriff sei die Bestimmung, daß die Erzeuger zu Kleinhandelspreisen an Private verkaufen dürfen. Dadurch werde die Ware den großstädtischen Märkten entzogen. Die Magistratsbestimmung über die Ausschaltung des Zwischenhandels sei ein Fehlschlag und werde es solange bleiben, bis der Magistrat energisch bestimmt, daß die Standinhaber vor 4 Uhr die Zentralmarkthalle nicht betreten dürfen. Diese Bestimmung wird unter den Augen der Marktpolizei umgangen.

Der Redner teilte mit, daß der Bundesvorstand beschlossen habe, falls nicht unverzüglich eine grundsätzliche Aenderung in der Berliner Lebensmittelversorgung herbeigeführt werde, den Händlern zu empfehlen, vom 1. August ab Ware überhaupt nicht mehr zu kaufen und die Geschäfte zu schließen.

Oberregierungsrat von Eilly glaubt, daß es den Kleinhändlern gelingen werde, aus eigener Kraft mit Unterstützung der Besäße die gerügten Mißstände zu bekämpfen. Als Grund für die Mißstände gibt er an, daß zwar an Gemüse dreimal so viel als in Friedenszeit angebaut worden sei, daß aber der Regen weggeblieben und eine Mißernte eingetreten sei, daß die Zufuhr knapp geworden ist. Es fehle an Kartoffeln, sodaß die Bevölkerung sich auf das Obst stütze. Ein derartiger Bedarf, der zehnmal so stark als in Friedenszeiten sei, könne nicht befriedigt werden.

Die Kleinändler mögen sich organisieren, um die Auswüchse im Handel zu beseitigen. Die auf den Bahnhöfen ankommenden Waren können nicht sämtlich nach der Zentralmarkthalle geschafft werden, deshalb sollen in Groß-Berlin zwei Stellen für die Verteilung eingerichtet werden. Magistratsrat Dr. Gordan hofft, daß alle maßgebenden Stellen bestrebt sein werden, Besserung zu schaffen. Die Grundpreise dürften nicht von unredlichen Zwischenhändlern überschritten werden, so daß den Kleinhändlern überhaupt kein Verdienst übrig bleibe. Der Zwischenhandel könne nicht ohne weiteres ausgeschaltet werden. Es bestehe die Absicht beim Berliner Magistrat, im Einverständnis mit den Magistraten der übrigen Gemeinden dem Kleinhandel und den Wohlfahrtsanstalten die Kaufberechtigung beim Großhandel zu geben.